



Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg
Hamburg University of Applied Sciences

Hausarbeit

Svenja Butenschön

Open Data

Svenja Butenschön

Open Data

Hausarbeit eingereicht im Rahmen der Ringvorlesung „InnovationCity 2030“

im Studiengang Next Media
am Department Informatik
der Fakultät Technik und Informatik
der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Abgegeben am 29.08.2015

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Open Data	4
2.1	Begriffsdefinition.....	4
2.2	Open Government	6
2.3	Die globale Entwicklung	8
3	Die Situation in Deutschland	10
4	Chancen und Risiken.....	12
5	Fazit	14
6	Quellenverzeichnis	16

1 Einleitung

Daten sind heute so gefragt wie nie und nehmen zunehmend eine wichtigere Rolle in der Gesellschaft ein. Von Behörden- über geografische Daten bis hin zu wissenschaftlichen Daten – überall werden so viele Daten wie möglich erfasst und gespeichert, sodass bei Bedarf stets auf sie zugegriffen werden kann. Allerdings sind nicht alle Menschen für diesen Zugriff befugt und so liegt eine riesige Datenmenge vor der Öffentlichkeit verschlossen in den Computerarchiven der zuständigen Behörden oder Wissenschaftlern.

In den letzten Jahren ist eine globale Bewegung entstanden, die die Öffnung und Zugänglichkeit dieser Daten fordert: die Open Data-Bewegung. Dabei geht es den Menschen vor allem um Transparenz; Sie wollen alle genauen Zahlen, Daten und Fakten insbesondere der Regierung und Behörden offen und problemlos einsehen können, um besser informiert zu sein. Die Regierungen reagieren bereits auf diese Forderung und machen immer mehr Daten der Öffentlichkeit zugänglich.

Was steckt hinter der Open Data-Idee? Wie ist sie entstanden und wie hat sie sich entwickelt? Wie ist die aktuelle Situation in Deutschland und welche Vor- oder Nachteile bringen die offenen Daten mit sich? Diese und weitere Fragen werden im Verlauf der vorliegenden Hausarbeit mithilfe der Leitfrage „Welche Chancen und Risiken hat die Open Data-Bewegung für die Gesellschaft?“ beantwortet, welche aufgrund des Bezugs zum Vortrag von Gregor Hackmack im Rahmen der Ringvorlesung „InnovationCity 2030“ und aus Interesse zur Aktualität gewählt wurde.

2 Open Data

2.1 Begriffsdefinition

Bei der Idee von Open Data geht es wörtlich übersetzt um offene Daten bzw. darum, Daten zu veröffentlichen, die mithilfe von Steuergeldern erhoben wurden, und sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Jeder Mensch soll sie einsehen und verwenden

können, sodass gleichzeitig „*Entwicklungen [...], die einen Gewinn für die Allgemeinheit bedeuten können*“ [Fachliche Leitstelle Transparenzportal, 2015] gefördert werden können. Persönliche Daten oder sicherheitsrelevante Angaben sind von dem Zugang allerdings ausgeschlossen. [Vgl. Tai, 2015]

Bei diesen Daten handelt es sich meistens nicht um textliche Materialien, sondern beispielsweise um Satellitenaufnahmen oder Karten, also um eine Menge an Rohdaten, wie Umwelt-, Geo- oder Wetterdaten sowie Daten, die in der Forschung erhoben werden. [Vgl. Dietrich, 2011]

Das Konzept von Open Data scheint einfach: Laut Dietrich gelten Daten erst dann als offen,

„wenn es keine rechtlichen, technischen oder sonstigen Kontrollmechanismen gibt, die den Zugang, die Weiterverarbeitung und die Weiterverbreitung dieser Daten einschränken. Der Zugang, die Weiterverarbeitung und die Weiterverbreitung soll jedermann und zu jeglichem Zweck, auch kommerziellem, ohne Einschränkungen und Diskriminierung und ohne Zahlung von Gebühren möglich sein.“ [Dietrich, 2011]

Diese Idee ähnelt den Prinzipien von Open Access, Open Source oder Open Content, daher zählt Open Data zu den „Open-Bewegungen“.

Die Forderung nach dem Zugang zu Daten basiert auf der Annahme, dass mit dem Zugriff für die Bevölkerung positive Entwicklungen entstünden, aber vor allem liegt das Hauptaugenmerk nicht auf den Rohdaten, sondern vielmehr auf Daten, die von den Behörden und der Regierung erhoben werden. Dahinter verbirgt sich laut Heise ein *„erweiterter Transparenzgedanke, der zu mehr Kontrolle durch die Öffentlichkeit und Verständlichkeit von Verwaltungshandeln durch Bürger führen kann.“* [Heise, 2015] Die Menschen möchten folglich mehr Transparenz was das politische Handeln ihrer Regierung angeht und diese Transparenz erhoffen sie sich durch die Open Data-Bewegung. Deshalb steht dieser Begriff inzwischen als Synonym für einen weiteren Entwicklungszweig: Die „Open Government Data“-Bewegung, bei der es speziell um die offenen Daten der öffentlichen Verwaltung bzw. um offene Behördendaten geht. [Vgl. ebd. 2011] Diese werden als *„Datenbestände des öffentlichen Sektors* [definiert],

die von Staat und Verwaltung im Interesse der Allgemeinheit ohne jedwede Einschränkung [...] zugänglich gemacht werden.“ [von Lucke und Geiger, S. 6, 2010]

Diese Daten bilden die Basis für den Prozess „Open Government“, um den es im folgenden Abschnitt gehen soll.

2.2 Open Government

Der Begriff Open Government beschreibt den Prozess der Öffnung von der Regierung und Verwaltung, bei dem offene Daten eine wichtige Rolle spielen. [Vgl. Dietrich, 2011] Deshalb wird inzwischen auch von ‚Open Government Data‘ gesprochen, da es bei dem Öffnungsprozess der Regierung in erster Linie um deren Daten geht.

Der Prozess soll einen kulturellen Wandel bezüglich des Verhältnisses von Staat und Bürger herbeiführen, der dabei zu mehr Transparenz und Anteilhabe sowie einer damit verbundenen, engeren Zusammenarbeit führen kann. [Vgl. Dietrich, 2011] Dies kann wiederum zu mehr Pflichtbewusstsein der Beamten gegenüber den anderen Menschen führen, wodurch diese wieder mehr Akzeptanz in deren Handeln haben und Vertrauen in die Regierung schöpfen können.

Das Vertrauen der Bürger in die Regierung spielt laut Hackmack eine enorme Rolle, denn eben dieses Vertrauen scheint in den letzten Jahren mehr und mehr zu schwinden, da die Bürger sich *„von der Politik nicht mehr repräsentiert [fühlen]. Gleichzeitig steigt der Drang in der Bevölkerung nach mehr Transparenz und stärkerer Beteiligung. Dieser Ruf wird lauter, [...] aber [wird], zumindest auf Bundesebene, nicht erhört.“* [Hackmack, 2014, S. 11] Die Menschen fühlen sich somit missverstanden und können nicht mehr nachvollziehen, was hinter den Kulissen der Regierung vor sich geht, da sie keine Informationen und keinen Einblick in die Vorhaben der Regierung erhalten. Ist die Mehrheit der Bevölkerung für Plan A, aber die Behörden setzen Plan B in die Tat um, kommt es zu Misstrauen der Bürger gegenüber dem Staat und daraus zeugt das Verlangen nach mehr Transparenz.

Martini sieht den Open Government Prozess als Chance für die Menschen und für den *„sich öffnenden Staat, der sich hinter den Vorhang seines Zauberkastens schauen lässt.“* [Martini, S. 1 f., 2014] Dieser Vergleich des Staats mit einem Zauberer, der dem

Publikum magische Tricks aus seinem Zauberkasten vorführt, die niemand durchdringen und verstehen kann, scheint die Situation der Bevölkerung gut zu beschreiben. Dennoch ist es in gleicher Weise fragwürdig, wie es überhaupt dazu kommen konnte, da in einer Demokratie alle Macht dem Volk zugeschrieben wird. Hackmack sieht den Grund für dieses Problem in dem Generationswechsel, den die Gesellschaft gerade durchläuft: Heute liegt das durchschnittliche Alter der Mitglieder in den großen Volksparteien bei etwa 57 Jahren [Vgl. Statista, 2014] und ein Großteil der jüngeren Bevölkerung ist mit dem Internet und dem Transparenzgedanken aufgewachsen, weshalb diese Generation die Undurchsichtigkeit des politischen Treibens nicht nachvollziehen und verstehen kann, aber dennoch gehört und ernst genommen werden will. [Vgl. Hackmack, S. 12, 2014] Die Internet- und Social Media-Generation wendet sich immer mehr von der Politik ab und geht kaum noch wählen, was eine Gefahr für die Demokratie bedeutet, denn wenn alle Macht dem Volke gilt, aber dieses sich abwendet und ihre Macht nicht ausübt bzw. für sein eigenes Wohl nutzt, verfügt die Regierung allein über diese Macht.

Es liegt nahe, dass es bei dem Generationswechsel zu einem Kommunikationsproblem kommt – die jüngere Generation versteht die Denkweise der Älteren nicht. Sie hat neue Ideen und Ansichten, die von der älteren Politiker-Generation jedoch stets argwöhnisch beäugt und nicht oder nur langsam als neue Gesetze verabschiedet werden.

Die ‚Open Government Data‘-Bewegung scheint ein Versuch zu sein, diesem Kommunikationsproblem entgegen zu wirken und mithilfe von offenen Daten, das Vertrauen der jüngeren Generation in die Politik wieder zu stärken und eventuell auch den Spaß an der Politik wiederzufinden. Denn die zukünftige Generation hat vermutlich bisher unvorstellbare Ideen, was mit den Massen an Daten bald möglich sein wird und da sie für jedermann zugänglich sein soll, kann sich jedermann als Erfinder beweisen.

Doch so einfach der Plan von Open Government auch klingt,

„Open Government als simple Öffnung von Regierung und Verwaltung zusammen zu fassen greift zu kurz. Vielmehr wird Open Government als ein

Sammelbegriff für eine ganze Reihe unterschiedlicher Konzepte und Visionen verwendet, die sich mit bestimmten Facetten einer Öffnung von Staat und Verwaltung auseinandersetzen.“ [von Lucke und Geiger, S. 3, 2010]

Es handelt sich folglich um weitaus mehr als eine simple Veröffentlichung von Verwaltungsdaten.

Woher der „Open“-Gedanke stammt und wie er sich in den verschiedenen Staaten entwickelt und etabliert hat, soll im folgenden Abschnitt geklärt werden.

2.3 Die globale Entwicklung

Der Gedanke von barrierefreiem Einblick in Behörden- und Regierungsdaten ist nicht neu, er war bisher nur nicht unter Open Data oder Open Government Data bekannt, sondern vielmehr unter ‚Freedom of Information Act‘ (FOIA) in den USA oder in Deutschland als ‚Informationsfreiheitsgesetz‘ (IFG), das den Bürgern gestattet, unveröffentlichte Dokumente der Regierung einzusehen. [Vgl. Baack, S. 7, 2013].

Während es dieses Gesetz in Schweden bereits seit dem Jahre 1766 und in den USA seit 1974 gibt, so ist es in Deutschland erst 2005 in Kraft getreten. [Vgl. Hackmack, S. 48 f., 2014]

Im Vergleich zu dem Informationsfreiheitsgesetz geht es bei Open Government Data nicht darum, dass der Bürger eine Anfrage an die Regierung stellt und nach gewisser Zeit eine Auskunft erhält, sondern es geht vielmehr darum, dass der Bürger sich die Informationen selbst beschaffen kann, indem er problemlos auf die Daten zugreifen kann.

Die USA gilt mit Obamas Open Government Data-Initiative aus dem Jahre 2009 neben Großbritannien, Kanada, Australien und den skandinavischen Ländern als Vorreiter. [Vgl. Krabina, S. 279, 2012] Durch die Initiative wurde das erste offizielle Open Government Data-Portal ‚Data.gov‘ ins Leben gerufen, auf dem Datenbestände aller Behörden bereitgestellt werden. [Vgl. Baack, S. 7 f., 2013]

Welches Land inzwischen wie weit bei der Bereitstellung offener Behördendaten vorne liegt, wird von Organisationen wie beispielsweise dem britischen ‚Open Data Institute‘

und der ‚World Wide Web Foundation‘ in Form des ‚Open Data Barometers‘ veröffentlicht. [Vgl. GovData, 2013] Für das Jahr 2014 sah es wie folgt aus:

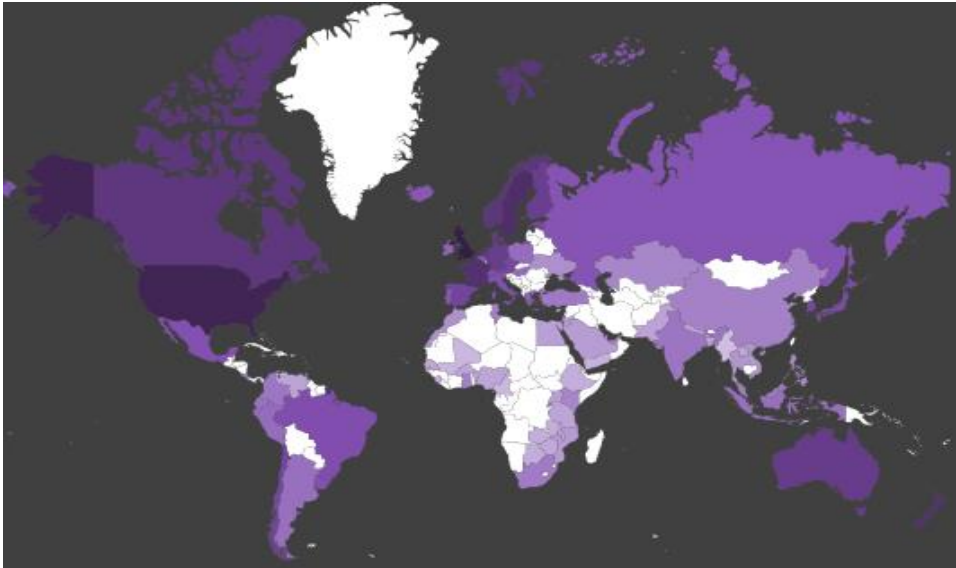


Abb. 1: Das Open Data Barometer, 86 Nationen, 2014.

Das Open Data Barometer vergleicht und bewertet 86 Nationen: Je dunkler das Lila des eingefärbten Staats, desto fortgeschrittener ist er beim Öffnen und Bereitstellen seiner Daten. Die Bewertung erfolgt anhand von drei Aspekten: zum einen geht es darum *„wie weit die Einführung offener Datenhaltung fortgeschritten ist [...] [und zum anderen geht es] um die Qualität der Implementierung und die sichtbaren Auswirkungen.“* [Thommes, 2015]

Die sichtbaren Bemühungen eines Landes bei der Öffnung seiner Daten werden demnach ebenfalls positiv bewertet und lassen es im Ranking steigen. Jedes Land kann auf dem Barometer direkt angewählt werden, sodass dessen Platz und Bewertung angezeigt werden:

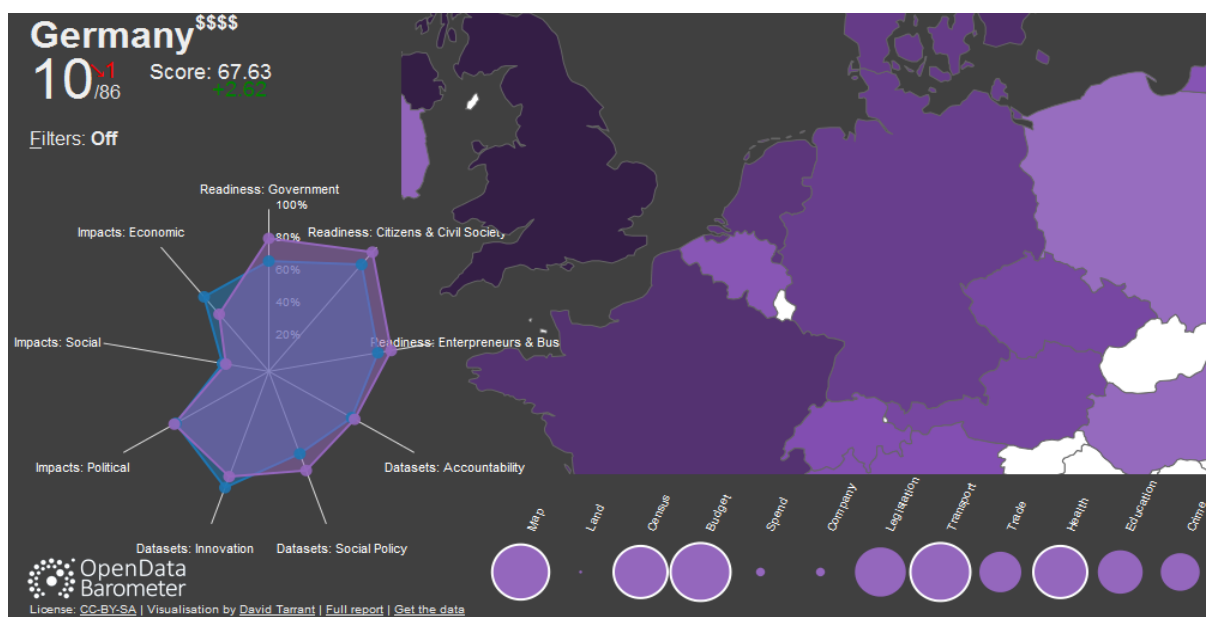


Abb. 2: Das Open Data Barometer, Deutschland, 2014.

Deutschland liegt auf dem zehnten Platz, während die Liste von Großbritannien angeführt wird, gefolgt von der USA und Schweden. Österreich belegt etwas weiter hinter Deutschland den 15. Platz, aber dennoch gilt die Hauptstadt Wien, bei Betrachtung des deutschsprachigen Auslandes, als Vorreiter in Sachen Open Data. Denn dort wurde im Mai 2011 das erste Portal einer deutschsprachigen Stadt für offene Regierungsdaten veröffentlicht. [Vgl. Both/Schieferdecker, S. 38 f., 2012]

Wie die aktuelle Situation in Bezug auf Open Data und Open Government Data heute in Deutschland ist, soll im folgenden Abschnitt erläutert werden.

3 Die Situation in Deutschland

Bei der Betrachtung der globalen Entwicklung von Open Data wurde bereits deutlich, dass Deutschland eher die Rolle des Nachzüglers in Sachen offene Daten einnimmt. Während in den anderen Ländern besonders der „politische Wille vorhanden war, um das Thema voranzutreiben[, so] war man im deutschsprachigen Raum – auch kulturell bedingt – hier bisher zurückhaltender.“ [Krabina, S. 279, 2012]

Das Informationsfreiheitsgesetz (IFG), was in Deutschland erst 2005 in Kraft getreten ist, wäre beinahe gescheitert und gilt heute weder in Baden-Württemberg und Bayern,

noch in Hessen, Niedersachsen oder Sachsen, was bedeutet, dass die Bürger dort keine Informationen bzw. Daten der Regierung einfordern können. [Vgl. Hackmack, S. 48 f., 2014] Es ist also in vielen Teilen Deutschlands eine Abneigung der Regierung gegenüber der Datenoffenlegung zu spüren. Das liegt laut Tillack daran, dass der Schutz der Politiker vor öffentlicher Kritik durch mehr Transparenz und Offenheit bezüglich ihres Handelns und der erhobenen Daten schwächer würde. [Vgl. Tillack, S. 19, 2013] Die Regierung befürchtet demnach der Bevölkerung mehr Rechenschaft zu schulden, wenn diese einen größeren Einblick hätte. Somit scheint auf beiden Seiten ein gewisses Misstrauen zu herrschen, wobei das Misstrauen der Regierung eher Furcht vor großer Kritik zu sein scheint, weshalb sie sich und ihre Daten abschottet, was wiederum das Misstrauen bei der Bevölkerung hervorruft.

Der andere Teil der Regierung in Deutschland scheint hingegen keine Bedenken bei der Öffnung seiner Daten zu haben. So wurde beispielsweise in Hamburg im Oktober 2012 das Transparenzgesetz auf den Weg gebracht, bei dem die Idee dahinter war, dass die Bürger nicht wie beim IFG einen Antrag für Ihre Informationen stellen müssen, sondern dass die Behörden nach dem Gesetz verpflichtet sind, die Informationen von Amts wegen zu veröffentlichen. [Vgl. Hackmack, S. 49, 2014] Des Weiteren wurde in Nordrhein-Westfalen die ‚Open.NRW-Strategie‘ festgelegt, die bereits dem Kabinett vorgelegt wurde und die Stadt Bonn hat Anfang 2014 sogenannte Leitlinien Open Government Data (OGD) beschlossen, die Empfehlungen für die Umsetzung in drei Hauptschritten von Open Government Data in der Stadtverwaltung enthält. [Vgl. Groß, S. 98, 2014] In Baden-Württemberg gibt es zwar kein IFG, aber die Landesregierung ist dabei ein Landesinformationsfreiheitsgesetz zu verfassen, welches identisch mit den bereits geltenden Normen der anderen Bundesländer sein soll. [Vgl. Both/Schieferdecker, S. 31, 2012] Dies scheinen viele Schritte in Richtung Open Government Data zu sein.

Angesichts der im Juni 2013 beschlossenen Open-Data-Charta, die von den Regierungschefs der G8-Staaten festgelegt wurde und in der die Umsetzung und die notwendigen Maßnahmen für Open Data bestimmt und sich darauf geeinigt wurde, diese bis 2015 umzusetzen, [Vgl. Groß, S. 97, 2014] scheinen die einzelnen

eingeleiteten Maßnahmen für die Durchsetzung jedoch etwas spät eingeleitet worden zu sein. So wurde auch erst ein Jahr nach dem Gipfeltreffen der G8 der ‚Nationale Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der Open-Data-Charta der G8‘ vom Bundesministerium des Inneren veröffentlicht, womit Deutschland dies als letztes der G8-Länder tat. [Vgl. Felde / Heise / Heumann / Manske, S. 8, 2015]

Laut Aktionsplan sollen bis Ende des Jahres 2015 wenigstens die aufgelisteten Datensätze, die von den G8 als besonders wichtig befunden wurden, veröffentlicht werden, allerdings konnte über das nationale Datenportal GovData.de im Januar 2015 nur auf ca. 9.700 Datensätze zugegriffen werden, während beispielsweise das Portal von Großbritannien zur selben Zeit ca. 20.000 Datenbestände aufwies. [Vgl. Felde / Heise / Heumann / Manske, S. 8, 2015] Auffallend ist außerdem, dass die verfügbaren Datenbestände auf GovData.de eine unübersichtliche Menge an Lizenzen aufweisen, sodass noch im November 2014 ein Viertel der Daten nicht offen zugänglich war. [Vgl. Ebd., S. 8, 2015] Dies ist also erneut ein Widerspruch zur Open Government Data Idee; Die Daten befinden sich zwar auf dem öffentlichen, deutschen Datenportal, aber sind durch ergänzende Lizenzen nicht frei zugänglich.

Die durch Open Government Data erhoffte Transparenz kann, laut Schneider, *„immer nur in Aussicht gestellt werden. Transparenz hier und jetzt gibt es nicht.“* [Schneider, S. 14, 2014] Somit stellt Deutschland wohl das beste Beispiel dar, das verdeutlicht, dass es sich bei Transparenz in Bezug auf Staat und Regierung nicht um einen Zustand, sondern um einen langen Prozess handelt.

Welche Vor- und Nachteile die offenen Daten für die Bevölkerung und die Regierung haben können, soll im folgenden Abschnitt geklärt werden.

4 Chancen und Risiken

Die Entscheidung der G8 für die schnelle Umsetzung von Open Government Data und das große, globale Interesse an offenen Daten sprechen bereits für die Chancen, die die Menschen – sowohl die Regierung, als auch die Bürger – in Open Data sehen.

Durch offene Daten, insbesondere Regierungs- und Verwaltungsdaten, soll mehr Transparenz entstehen, wodurch die Bürger einen besseren Einblick in das politische Handeln haben sollen und sich ggf. gegen, aus ihrer Sicht, falsche Entscheidungen wehren können. Daher wird Open Government Data auch als „*Motor für die Modernisierung der Verwaltung zu mehr Bürgerfreundlichkeit*“ [von Bose, S. 7, 2013] bezeichnet. Die Bürger sollen durch offene Daten mehr eingebunden und beteiligt werden, indem sie mithilfe der Aufbereitung einen schnellen Überblick über die Datenbestände erlangen können, wodurch die Regierung wiederum die Intelligenz und das Wissen der gesamten Bürgerschaft nutzen kann, um neue Vorschläge und Ideen zu sammeln. [Vgl. von Lucke, S. 260, 2012] Gleichzeitig bietet die Öffnung der Daten auch die Möglichkeit der Korruptionsbekämpfung, denn da „*Korruption vom Geheimen lebt, ist Transparenz der natürliche Feind der Korruption. Macht der Staat seine Daten [...] von sich aus der Öffentlichkeit zugänglich, steigt das Entdeckungsrisiko der Täter erheblich*“, [von Bose, S. 7, 2013] denn Dank Open Data kann jedermann die Entscheidungen einsehen und ggf. Korruptionsfälle aufdecken. Durch den verstärkten Einbezug der Bürger soll ebenfalls das politische Engagement gefördert und gesteigert werden und durch die bewusste Öffnung der Verwaltung in Form der freien Einsicht in ihre Daten, soll es zu mehr Akzeptanz in der Bürgerschaft kommen. [Vgl. von Lucke, S. 260, 2012]

Gleichzeitig stellt sich natürlich ebenso die Frage, welches Risiko offene Behördendaten eventuell mit sich bringen und welche Nachteile dadurch für sowohl die Regierung als auch die Gesellschaft entstehen können.

Die Öffnung aller bisher gesammelten Verwaltungsdaten erscheint bei der Umsetzung, angesichts der Datenmassen, als schwierig, zumal der Aufwand gleichzeitig mit hohen Kosten verbunden ist und es dafür zurzeit noch nicht genügend Personal gibt. [Vgl. Ebd., S. 260, 2012] Außerdem sehen Experten ein Risiko darin, dass es zu Inszenierungen durch die Politik und Verwaltung kommen könnte oder Daten manipuliert werden könnten, sodass kein Verlass auf die Daten wäre und es wieder zu Misstrauen seitens der Bevölkerung kommen würde. Gleichzeitig besteht auch das Risiko einer zu geringen Beteiligung der Bürger, denn die Einbindung aller Menschen

erscheint kaum möglich [Vgl. von Lucke, S. 260, 2012], wodurch nicht jedermann von den offenen Daten profitieren würde.

Es sollte außerdem nicht außer Acht gelassen werden, dass es sich, wie bereits in **2.1** erwähnt, um Rohdaten handelt, die für viele Menschen eventuell unverständlich sind, weshalb das Risiko besteht, dass diese fehlinterpretiert werden. Durch die Unverständlichkeit kann wiederum keine Transparenz geschaffen werden, da die Daten zwar frei zugänglich sind, aber die Menschen sie nicht oder eventuell nur fehlerhaft auswerten und verwenden könnten. Die Datenqualität ist somit nur schwer zu gewährleisten, ebenso wie der Datenschutz [Vgl. Schulzki-Haddouti, 2010]; Denn es müsste kontrolliert und sichergestellt werden, dass keine persönlichen Daten mit veröffentlicht werden.

Es wird also deutlich, dass zwar einiges gegen die Open Data bzw. Open Government Idee spricht, aber auch vieles dafür. Experten sehen viele Risiken bei der Öffnung insbesondere der Verwaltungsdaten, aber dennoch haben sich die G8 als globale Vorreiter dazu entschlossen, diesen Prozess durchzuführen und scheinen bereit zu sein, die möglichen Risiken einzugehen sowie mit der Zeit zu gehen und ihre Daten der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

5 Fazit

Die Open Data Idee ist bereits zum globalen Phänomen geworden und hat sich in fast jedem Staat der Welt etabliert. Bei der Idee geht es darum, Daten, die mithilfe von Steuergeldern erhoben wurden, zu veröffentlichen und sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Zu Beginn ging es dabei hauptsächlich um eine Menge an Rohdaten, aber das Hauptaugenmerk liegt inzwischen vielmehr auf Daten, die von den Behörden und der Regierung erhoben werden. Dadurch ist aus Open Data ein weiterer Entwicklungszweig entstanden: Open Government Data. Die Öffnung und freie Zugänglichkeit zu den Regierungs- und Verwaltungsdaten sollen zum Öffnungsprozess des Staats „Open Government“ beitragen.

Hinter dem Zugriff der Bürger auf die Daten der Behörden steht der Transparenzgedanke, denn die Bevölkerung verliert zunehmend das Vertrauen in ihre Regierung, da sie keinen Einblick in politische Entscheidungen und Handlungen haben. Durch offene Daten sollen die Menschen mehr einbezogen werden und das Vertrauen in die Regierung wiederhergestellt sowie andererseits das politische Engagement und das Verantwortungsbewusstsein gefördert und gestärkt werden. Open Government Data verspricht noch viele weitere Chancen, wie beispielsweise die Möglichkeit der Korruptionsbekämpfung oder die Entwicklung neuer Innovationen. Einiges spricht jedoch auch dagegen, wie zum Beispiel das Risiko der Datenmanipulation oder der Fehlinterpretation sowie der Aufwand und die Kosten der Umsetzung.

Dennoch ist der Gedanke von barrierefreiem Einblick in Behörden- und Regierungsdaten nicht neu und Deutschland hat zusammen mit den anderen G8-Staaten beschlossen, die Open Government Idee umzusetzen und seine Verwaltungsdaten zu öffnen. Allerdings geht dieser Prozess in Deutschland nur langsam voran, was vor allem daran liegt, dass der politische Wille nicht überall vorhanden ist, um das Thema voranzutreiben. Dennoch soll die Idee von Open Government Data global umgesetzt werden und trotz der möglichen Nachteile sehen die Länder die Chancen für das Verhältnis zwischen Regierung und Bürger und damit für die Gesellschaft und sind bereit die Risiken einzugehen. Dabei handelt es sich um einen langen Prozess und es ist absehbar, dass der gewünschte Zustand der Transparenz vermutlich nie vollständig erreicht werden kann.

6 Quellenverzeichnis

Literaturverzeichnis

Both, Dr. Wolfgang / Schieferdecker, Prof. Dr. Ina (Hrsg.): „Berliner Open Data Strategie – Organisatorische, rechtliche und technische Aspekte offener Daten in Berlin.“, Fraunhofer Verlag, [Berlin 2012]

Groß, Dr. Helene: „Die Datenlizenz Deutschland. In: Martini, Mario / Thiel, Georg / Röttgen, Astrid (Hrsg.): „Geodaten und Open Government – Perspektiven digitaler Staatlichkeit“, S. 97-108, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer, [Speyer 2014]

Hackmack, Gregor: „Demokratie einfach machen – Ein Update für unsere Politik“, edition Körber-Stiftung, [Hamburg 2014]

Krabina, Bernhard: „Vorgehensmodell für Open Government Data. In: Hilgers, Dennis / Schauer, Reinbert / Thom, Norbert (Hrsg.): „Public Management im Paradigmenwechsel“, S. 279-287, Trauner Verlag, [Linz 2012]

Martini, Prof. Dr. Mario: „Geodaten als Rohstoff der digitalen Welt. In: Martini, Mario / Thiel, Georg / Röttgen, Astrid (Hrsg.): „Geodaten und Open Government – Perspektiven digitaler Staatlichkeit“, S. 1-4, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer, [Speyer 2014]

Schneider, Manfred: „Transparenztraum – Literatur, Politik, Medien und das Unmögliche“, Matthes & Seitz Verlag, [Berlin 2014]

Tillack, Hans-Martin: „Transparenz in Politik und Medien. In: Roger, Franziska Bravo / Henn, Philipp / Tuppäck, Diana (Hrsg.): „Medien müssen draußen bleiben! Wo liegen die Grenzen politischer Transparenz?“ (Beiträge zur 8. Fachtagung des DFPA). Frank & Timme GmbH Verlag für wissenschaftliche Literatur, [Berlin 2013]

von Lucke, J., & Geiger, C.: „Open Government Data – Frei verfügbare Daten des öffentlichen Sektors“ (Gutachten für die Deutsche Telekom AG zur T-City Friedrichshafen). Deutsche Telekom Institute for Connected Cities, Zeppelin University, [Friedrichshafen 2010]

von Lucke, Jörn: „Open Budget 2.0 und Open Budget Data sichern Haushaltstransparenz und Bürgerbeteiligung. In: Hilgers, Dennis / Schauer, Reinbert / Thom, Norbert (Hrsg.): „Public Management im Paradigmenwechsel“, S. 249-263, Trauner Verlag, [Linz 2012]

Internetquellen

Baack, Stefan: „Die Open-Data-Bewegung : Das Verhältnis von Praktiken, Zielen und Selbstbild der Open Knowledge Foundation Deutschland“, Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, [Bremen 2013], <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-363745>, (letzter Zugriff, 05.08.2015)

Dietrich, Daniel: „Was sind offene Daten?“, Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/gesellschaft/medien/opendata/64055/was-sind-offene-daten>, (letzter Zugriff, 04.08.2015)

Fachliche Leitstelle Transparenzportal: „Was bedeutet Open Data?“, <http://transparenz.hamburg.de/was-ist-open-data/>, (letzter Zugriff, 04.08.2015)

Felde, Johanna Zum / Heise, Christian / Heumann, Dr. Stefan / Manske, Julia: „Offene Daten ohne Deutschland – Der G7-Gipfel und der steinige Weg zu mehr Transparenz“, Stiftung Neue Verantwortung, [Berlin 2015], http://www.stiftung-nv.de/sites/default/files/impulse_g8-open_data_charta_1.pdf, (letzter Zugriff, 13.08.2015)

GovData – Das Datenportal für Deutschland: „Offene Daten im internationalen Vergleich: Deutschland steht gut da“, <https://www.govdata.de/neues/-/blogs/offene-daten-im-internationalen-vergleich-deutschland-steht-gut-da>, (letzter Zugriff, 06.08.2015)

Heise, Christian: „Definition: Open Data“, <http://www.e-demokratie.org/definition/open-data/>, (letzter Zugriff: 04.08.2015)

Koalitionsvertrag CDU/CSU & SPD: „Deutschlands Zukunft gestalten“, 18. Legislaturperiode, <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf>, (letzter Zugriff, 11.08.2015)

Schulzki-Haddouti, Christiane: „Chancen und Risiken von Open Data“, <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Chancen-und-Risiken-von-Open-Data-1108937.html>, (letzter Zugriff, 15.08.2015)

Statista – Das Statistik-Portal: „Durchschnittsalter der Mitglieder der politischen Parteien in Deutschland am 31. Dezember 2014“, <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/192255/umfrage/durchschnittsalter-in-den-parteien/>, (letzter Zugriff, 05.08.2015)

Tai, Katharin: „Alles, was wir machen, ist öffentlich“, Die ZEIT Online, Ausgabe 04/2015, <http://www.zeit.de/2015/04/open-data-daten-behoerden-oeffentlichkeit-digital-zugaenglich>, (letzter Zugriff, 04.08.2015)

Thommes, Ferdinand: „Open Data Barometer: Großbritannien liegt vorne“, <http://www.pro-linux.de/news/1/21969/open-data-barometer-grossbritannien-liegt-vorne.html>, (letzter Zugriff, 07.08.2015)

von Bose, Dr. Harald: „Open Data – Chancen und Grenzen“, http://www.informationsfreiheit.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Landesaemter/LfD/PDF/binary/Informationsfreiheit/Service/Veroeffentlichungen/Reden_und_Vortraege/CrossMedia_2014/CrossMedia_-_Vortrag_Open_Data_-_Chancen_und_Grenzen.pdf, (letzter Zugriff, 15.08.2015)

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: „Das Open Data Barometer, 86 Nationen, 2014“, Screenshot, <http://theodi.github.io/open-data-barometer-viz/>, (letzter Zugriff, 06.08.2015)

Abb. 2: „Das Open Data Barometer, Deutschland, 2014“, Screenshot, <http://theodi.github.io/open-data-barometer-viz/>, (letzter Zugriff, 06.08.2015)

Versicherung über Selbstständigkeit

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Arbeit ohne fremde Hilfe selbstständig verfasst und nur die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe.

Hamburg, den 29.08.2015

S. Butenschön